

70 Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen aus Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien, Rumänien, Irland, Polen und Kroatien beteiligten sich am 28. und 29. April 2011 in Rom an einem Seminar zum Thema „Verhandlungsempfehlungen und -strategien zur Umsetzung der Europa 2020-Strategie: Schwerpunkt Working poor“, das vom belgischen Erwachsenenbildungszentrum ACW / VCWV – Ter Munk (Vlaams Centrum voor Werknemersvorming – Ter Munk) mit Unterstützung von EZA und der Europäischen Union ausgerichtet wurde.

Was war der wichtigste Aspekt des Seminars?

20 % der Menschen in Europa leben in Armut. Für 120 Millionen unserer Nachbarn und Mitbürger ist jeder Tag ein Kampf ums Überleben – und Armut ein Teil ihrer täglichen Realität. Im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise nimmt jeden Tag die Zahl der Menschen weiter zu, die um ihre Existenz fürchten müssen.

Das Seminar sollte verdeutlichen, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft, den Sozialpartnern und gesellschaftlichen Verbänden zu wirksamen Maßnahmen im Kampf gegen die Armut führen kann. Gut koordinierte Aktionen bewirken Veränderungen. In einem gemeinsamen Bündnis kann der Kampf gegen Armut und prekäre Lebensumstände gewonnen werden.

Warum war das Seminar zum derzeitigen Moment besonders wichtig?

Obwohl die Wirtschaftskrise die schweren Konstruktionsfehler des neoliberalen Gesellschaftsmodells offen zu Tage gebracht hat, folgt die Politik unverändert derselben marktorientierten Logik. Die als Reaktion auf die Krise verhängten Sparmaßnahmen sind ein gutes Beispiel für die Kurzsichtigkeit einer Politik, die willkürlichen Maßnahmen zur Herstellung wirtschaftlicher Stabilität Priorität gegenüber der Sorge um das gesellschaftliche Gemeinwohl einräumt. Kürzungen von staatlichen Transferleistungen, Renten, Aufwendungen für die öffentlichen Erziehungs- und Gesundheitssysteme, Investitionen in die soziale Infrastruktur und Einschnitte in den allgemeinen Lebensstandard treffen die Armen in unserer Gesellschaft besonders schwer. Die jüngere geschichtliche Erfahrung lehrt uns, dass eine verweigerte Kenntnisnahme systemimmanenter Schwachstellen schnurstracks zu einer Wiederholung der in der Vergangenheit begangenen Fehler führt. Die Politik kann Armut nur dann wirksam bekämpfen, wenn sie sich neuartiger Mittel bedient.

Das Seminar sollte ein Forum für die Diskussion aktueller sozialpolitischer Trends und Initiativen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der Ebene der EU sowie der einzelnen Mitgliedsstaaten liefern. Den Vertretern unterschiedlicher Interessengruppen (Wissenschaft, Gewerkschaften, regierungsunabhängige Organisationen) sollte die Gelegenheit gegeben werden, Fragen über die europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik zu beantworten und politische Forderungen an die politischen Entscheidungsträger zu formulieren.

Welche Themen wurden diskutiert?

Die jüngsten Entwicklungen von Europa 2020 und des Europäischen Semesters:
eine erste Analyse der Reformprogramme in den einzelnen Mitgliedsstaaten

Armut in der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten sowie die Pläne zu ihrer Bekämpfung

Armut und die Wirtschaftskrise: die Bedeutung makro-ökonomischer Strategien zur Bekämpfung der Krise

Armut und die offene Methode der Koordinierung

Armut und öffentliches Engagement

Armut und soziale Rechte

Armut und die Teilnahme an der Gesellschaft

Ergebnisse des Seminars

Das Seminar vermittelte seinen Teilnehmern einen Einblick in die Vielfalt der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, sowohl im Hinblick auf die Themen als auch auf die Formen dieser Zusammenarbeit. Die Bandbreite der Methoden reichte von Protestaktionen bis hin zur direkten Hilfe für Menschen, die in Armut leben. Das Seminar demonstrierte die Kreativität und den innovativen Charakter einschlägiger Aktionsbündnisse ebenso wie deren Bedarf an weiterer Pflege und Ermutigung. Die Vielzahl der Beispiele demonstrierte ferner den Wert und den Modellcharakter der betreffenden Bündnisse.

Verbände von Menschen, die in Armut leben, die Organisationen der Zivilgesellschaft und die Sozialpartner müssen auf ihren jeweiligen Ebenen und entsprechend ihrer einschlägigen Möglichkeiten zusammenarbeiten und Verantwortung übernehmen. Nur so kann sich das dynamische Potenzial entfalten, das zur Überwindung der Armut erforderlich ist.

Wir fordern ferner alle europäischen Regierungen zur Unterstützung der einschlägigen Aktionsbündnisse und zu deren Einbindung in die politischen Initiativen zur Bekämpfung der Armut auf. Auf allen Ebenen sind organisierte Plattformen ins Leben zu rufen, auf denen Aktionsbündnisse und staatliche Behörden politische Strategien zur Bekämpfung der Armut gemeinsam entwickeln, umsetzen und überwachen können.

Das Seminar hat demonstriert, dass die Einrichtung hochwertiger Arbeitsplätze einen Weg aus der Armut schaffen kann. Gleichzeitig wurde aber auch klar, dass die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze nicht in einem sozialen Vakuum erfolgt und dass nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen von ihr profitieren. Die Aktivierung allein leistet noch keinen entscheidenden Beitrag. Eine „soziale Aktivierung“ hingegen berücksichtigt das individuelle Potenzial, die Fähigkeiten und die Bedürfnisse der Menschen und ihrer Umgebung. Alle einschlägig erforderlichen Bedingungen müssen erfüllt sein, damit die Menschen in Würde ihrer Arbeit nachgehen können. Hierzu ist eine breit gestaffelte Aktivierung erforderlich. Armut kann nicht durch Beschäftigung allein besiegt werden. Daher sind unsere sozialen Sicherungssysteme auszubauen. Das geht nicht ohne weitere Investitionen in soziale Leistungen.

Ein Arbeitsverhältnis ist kein ausreichender Schutz vor Armut. 8 % der europäischen Arbeitnehmer leben unterhalb der Armutsgrenze. Die betreffenden Statistiken sind von Land zu Land höchst unterschiedlich, was den Schluss nahelegt, dass durch gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut durchaus Wirkung erzielt werden kann. Das Seminar identifizierte die Hebel, mit deren Hilfe die entsprechenden Prozentzahlen wirksam nach unten zu bewegen sind:

- Einführung eines menschenwürdigen Mindestlohnes in allen Branchen und Mitgliedsstaaten

- Drosselung des Tempos, mit dem sich Mini-Jobs und (unfreiwillig eingegangene) Teilzeitarbeitsverhältnisse ausbreiten
- Erleichterung der Ausdehnung eines Teilzeitarbeitsverhältnisses auf ein Vollzeitarbeitsverhältnis bzw. einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitsleistung (Stundenzahl)
- Schritte zur Verhinderung beruflicher „Karrieren“, die aus einer Aneinanderreihung von zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen und längeren Perioden der Arbeitslosigkeit bestehen.

Die EU hat die Mitgliedsstaaten und die Sozialpartner zu einschlägigen Schritten in die entsprechende Richtung zu veranlassen. Das Seminar machte ferner klar, dass eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut nicht ohne soziale Investitionen zu haben ist. Hierzu gehören Investitionen in soziale Leistungen wie Kinderbetreuung, öffentliche Gesundheitsdienste, berufliche Fortbildung, den sozialen Wohnungsbau und kulturelle Integration. Die entsprechenden Investitionen sind mehr als bloße soziale Betreuung: sie schaffen selbstbewusste Bürger, die von sich aus auf mehr Integration drängen. Wer heute Einsparungen im Bereich der sozialen Investitionen vornimmt, der schafft damit die Armut von morgen. In Zeiten der Krise sind Investitionen im sozialen Bereich von besonderer Bedeutung. Die europäischen Länder, denen die Krise am wenigsten geschadet hat, sind genau die Länder, die am meisten in ihre soziale Infrastruktur investiert haben.

Wir fordern eine verstärkte Förderung sozialer Investitionen.

Das Seminar demonstrierte auch, dass Einkommen – neben der Summe sozialer Investitionen – ein zweiter wichtiger Faktor ist. Die herrschenden Arbeitsbedingungen müssen den Arbeitnehmern gestatten, ihre Potenziale und Fertigkeiten voll zur Geltung zu bringen. Angemessene Löhne sind die Grundlage für eine Beteiligung am sozialen Leben einer Gemeinschaft.

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen sich daher für die Gewährleistung bestimmter Mindeststandards einsetzen. Die EU kann den gesetzestechnischen Rahmen vorgeben, innerhalb dessen die einzelnen Mitgliedsstaaten ihren Bürgern – Schritt für Schritt – bestimmte menschenwürdige Mindesteinkommen gesetzlich garantieren. Wir fordern daher von der EU ein klares Bekenntnis zum Prinzip menschenwürdiger Mindesteinkommen.

Die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission müssen im Verlauf dieses Jahres das Ziel einer „Verringerung der unter den nationalen Armutsgrenzen lebenden Europäer um 25 Prozent, wodurch 20 Millionen Menschen aus der Armut befreit würden“ konkretisieren. Für uns steht außer Frage, dass die länderspezifischen Zielsetzungen konkret und ehrgeizig sein müssen. Eine wichtige Bedingung ist die aktive Beteiligung von Sozialpartnern, Organisationen der Zivilgesellschaft und den Interessenverbänden der Menschen, die in Armut leben.

Die Erstellung nationaler Zielsetzungen hat auf harten Tatsachen zu beruhen und zu wirkungsvollen Aktionen mit klar definierten Haushaltlinien und Zeitplänen zu führen.

Die Aktionsbündnisse zur Bekämpfung der Armut werden hierbei den entsprechend mit der Entwicklung und Durchführung dieser Aktionen beauftragten staatlichen Stellen gern mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Das Seminar machte deutlich, dass die Armut nur durch gut koordinierte Aktionen aller Beteiligten erfolgreich bekämpft werden kann. Die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner müssen und werden sich dieser Herausforderung stellen.

Wir wünschen uns, dass alle europäischen Sozialorganisationen ins selbe Horn stoßen. Nur so können wir die EU zu wirksamen Maßnahmen im Kampf gegen die Armut veranlassen und in den kommenden Jahren wachsenden politischen Druck ausüben.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Alltagsarbeit der Teilnehmer und der betroffenen Organisationen? Wie können die Teilnehmer und die betroffenen Organisationen die Ergebnisse des Seminars in ihre alltägliche Arbeit umsetzen?

Wirtschaft und Gemeinschaft sind wieder enger miteinander zu verknüpfen, die Bedeutung des sozialen Kapitals für eine gut funktionierende Wirtschaft muss wieder Anerkennung finden: dies war die Hauptidee des Seminars. Soziale Netze spielen eine wichtige Rolle bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und für das allgemeine Wohlbefinden. Die Menschen können die in den sozialen Netzen eingebundenen Ressourcen nutzen (die allgemein anerkannten Normen des Zusammenlebens, gegenseitiges Vertrauen, die Durchsetzbarkeit von Pflichten und Forderungen). Politische Maßnahmen sind ferner nicht durch Verwendung strenger Hierarchien durchzusetzen, sondern im Dialog zu entwickeln und in der Zusammenarbeit zwischen Entscheidungsträgern und den betroffenen sozialen Gruppen und Akteuren zu implementieren.

Dies erschließt neue Horizonte für die Analyse von Zielsetzungen und kann potenziell den Stil der politischen Entscheidungsprozesse nachhaltig verändern.

Im Rahmen der folgenden Seminare werden wir die sozialen Auswirkungen des Europäischen Semesters untersuchen und politische Empfehlungen aus der Sicht der Sozialpartner unterbreiten.